

**Niederschrift der 16. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 14.03.2018 -
öffentlicher Teil**

Datum: 14.03.2018

Zeit: 14:00 Uhr –18:42 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Plenarsaal

Anwesende Kreistagsmitglieder:

Landrat

Herr Dietmar Schulze Landrat

SPD/BVB-Fraktion

Herr Frank Bretsch	SPD/BVB	
Herr Sebastian Finger	SPD/BVB	(ab 15:40 Uhr)
Herr Burkhard Fleischmann	SPD/BVB	
Frau Elke Grunwald	SPD/BVB	
Herr Christian Hartphiel	SPD/BVB	
Herr Herbert Heinemann	SPD/BVB	
Frau Astrid Hirschfelder	SPD/BVB	(ab 15:10 Uhr)
Herr Jürgen Hoppe	SPD/BVB	
Frau Susan Jahr	SPD/BVB	
Herr Uwe Schmidt	SPD/BVB	
Herr Wolfgang Seyfried	SPD/BVB	
Herr Sebastian Tattenberg	SPD/BVB	
Herr Olaf Theiß	SPD/BVB	

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt	CDU	
Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU	
Herr Reinhold Klaus	CDU	
Herr Volkhard Maaß	CDU	
Herr Josef Menke	CDU	
Herr Andreas Meyer	CDU	(bis 17:16 Uhr)
Herr Thomas Neumann	CDU	
Herr Siegfried Schön	CDU	(ab 14:20 Uhr)
Herr Andreas Sommerschuh	CDU	
Herr Manfred Suhr	CDU	
Herr Henryk Wichmann	CDU	

Fraktion DIE LINKE

Frau Madlen Bismar	DIE LINKE
Frau Sieglinde Knudsen	DIE LINKE
Herr Axel Krumrey	DIE LINKE

Herr Heiko Poppe	DIE LINKE	
Herr Egon Ulrich	DIE LINKE	(bis 17:56 Uhr)

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP	
Herr Jürgen Dräger	FDP	(bis 17:08 Uhr)
Herr Dr. Alexander Genschow	FDP	(ab 14:07 Uhr)
Herr Klaus Scheffel	FDP	(bis 17:22 Uhr)

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Jürgen Mittelstädt	BLR
Herr Rainer Korrman	BLR
Herr Achim Rensch	BLR

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Bernd Hartwich	Grüne/RdUM
Herr Dr. Gernot Schwill	Grüne/RdUM

NPD

Herr David Weide	NPD
------------------	-----

Verwaltung

Herr Bernd Brandenburg	1. Beigeordneter
Herr Frank Fillbrunn	2. Beigeordneter
Herr Karsten Stornowski	3. Beigeordneter
Herr Jörg Brämer	Büroleiter Landrat
Frau Michaela Felgener	Büro des Kreistages

Schriftführer

Herr Wolfgang Gerhardt	Büro des Kreistages
------------------------	---------------------

Abwesende Kreistagsmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Herr Mike Bischoff	SPD/BVB	entschuldigt
Herr Uwe Neumann	SPD/BVB	entschuldigt

CDU-Fraktion

Herr Jens Koeppen	CDU	entschuldigt
Herr Tobias Schween	CDU	entschuldigt
Herr Bernd Zimdars	CDU	entschuldigt

Fraktion DIE LINKE

Herr Gerhard Rohne	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Reiner Prodöhl	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Günter Tattenberg	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Evelin Wenzel	DIE LINKE	entschuldigt

Fraktion Grüne/RdUM

Frau Birgit Bader	Grüne/RdUM	entschuldigt
-------------------	------------	--------------

NPD

Herr Sven Gläsemann	NPD	entschuldigt
---------------------	-----	--------------

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Seyfried begrüßt alle Kreistagsmitglieder zur 15. Sitzung des Kreistages der 5. Wahlperiode. Des Weiteren begrüßt er den 1. Beigeordneten Herrn Brandenburg, den 2. Beigeordneten Herrn Fillbrunn, den 3. Beigeordneten Herrn Stornowski, die anwesenden Amtsleiter und weiteren Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises, die Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen sowie alle Gäste.

Herr Seyfried stellt die Beschlussfähigkeit fest und teilt mit, dass zurzeit

36 Kreistagsmitglieder anwesend sind und sich

10 Kreistagsmitglieder bis zum Beginn der heutigen Sitzung entschuldigt haben.

Der Kreistag ist damit beschlussfähig.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Seyfried teilt mit, dass die Tagesordnung zur heutigen Sitzung allen Kreistagsmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

Er weist darauf hin, dass der Landrat zwischenzeitlich folgende neue Versionen von Beschlussvorlagen eingereicht hat:

Die in der Tagesordnung unter TOP 9. ausgewiesene Beschlussvorlage - Stellungnahme zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion (LEP HR) – wurde durch eine 2. Version mit der DS-Nr.: BV/047/2018/1 ersetzt.

Die in der Tagesordnung unter TOP 11. ausgewiesene Beschlussvorlage - Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg für die Amtsperiode ab 19.08.2018 - wurde durch eine 2. Version mit der DS-Nr.: BV/006/2018/1 ersetzt.

Die in der Tagesordnung unter TOP 18. ausgewiesene Beschlussvorlage BV/034/2018 wurde durch eine 2. Version mit der DS-Nr.: BV/034/2018/1 ersetzt. Die Inhaltsangabe auf dem Deckblatt der Beschlussvorlage wurde in diesem Zusammenhang wie folgt geändert: „Befristetes Aussetzen der Trichinenuntersuchungsge-

büher im Jagdjahr 2018/2019 und optional für das Jagdjahr 2019/2020 aufgrund der Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest“.

zu TOP 2.1. Anträge zur Tagesordnung:

Herr Seyfried informiert darüber, dass zur heutigen Sitzung insgesamt folgende drei Anträge zur Tagesordnung vorliegen:

Als TOP 2.1.1 liegt ein Antrag der NPD vor, über dessen Aufnahme in die Tagesordnung der Kreistag gemäß § 12 Absatz 3 Geschäftsordnung (GeschO) zu beschließen hat.

Als TOP 2.1.2 liegt ein Antrag der CDU-Fraktion vor, über dessen Aufnahme in die Tagesordnung der Kreistag gemäß § 6 Absatz 3 GeschO zu beschließen hat.

Als TOP 2.1.3 liegt ein Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Fraktion SPD/BVB vor, über dessen Aufnahme in die Tagesordnung der Kreistag ebenfalls gemäß § 6 Absatz 3 GeschO zu beschließen hat.

zu TOP 2.1.1: Mitarbeiter/-in entlassen beim Jobcenter Uckermark AN/040/2018 Weide, David

Der Beschlussvorschlag lautet:

Der Kreistag stimmt der Aufnahme des Antrages AN/040/2018 in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: *Nein: mehrheitlich*

Damit ist die Aufnahme des Antrages AN/040/2018 in die Tagesordnung mehrheitlich abgelehnt.

zu TOP 2.1.2: Das Staatliche Schulamt für die Landkreise Barnim und Uckermark soll im Fall einer erneuten Schulamtsreform wieder in Eberswalde angesiedelt werden.

**AN/051/2018
CDU-Fraktion**

Herr Banditt teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag AN/051/2018 zurückzieht.

zu TOP 2.1.3: Einrichtung eines staatlichen Schulamtes für die Landkreise Uckermark und Barnim

**AN/052/2018/1
Fraktion DIE LINKE, Fraktion SPD/BVB, CDU-Fraktion**

Herr Seyfried bittet den Einreicher, zunächst die Dringlichkeit des Antrages zu begründen.

Herr Bretsch begründet die Dringlichkeit damit, dass parallel im Kreistag Barnim ein entsprechender Beschluss vorliegt und mit dem Antrag die Interessen der Uckermark gewahrt werden sollen.

Herr Banditt teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion dem Antrag anschließt und bittet darum, diesen Antrag als CDU-Fraktion mit unterschreiben zu dürfen.

Anmerkung zum Protokoll:

Im Nachgang zur Sitzung des Kreistages wurde eine 2. Version des Antrages mit der DS-Nr.: **AN/052/2018/1** schriftlich nachgereicht, in dem die CDU-Fraktion als Antragsteller mitaufgenommen wurde.

Der Beschlussvorschlag lautet:

Der Kreistag stimmt der Aufnahme des Antrages AN/052/2018/1 in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Damit ist der Antrag AN/052/2018/1 in die Tagesordnung aufgenommen.

Der Antrag wird als TOP 8.6 in die Tagesordnung eingeordnet.

(Herr Dr. Genschow kommt um 14:07 Uhr.)

Herr Seyfried schlägt zur Abarbeitung der Tagesordnung wegen des sachlichen Zusammenhanges vor, die als TOP 8.4 und 8.5 vorgesehenen Anträge AN/045/2018 und AN/049/2018 gemeinsam zu beraten und anschließend getrennt über beide Anträge abzustimmen.

Der Kreistag stimmt der so geänderten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
 - 2.1.1 Mitarbeiter/ -in entlassen beim Jobcenter Uckermark
AN/040/2018
Weide, David
 - 2.1.2 Das Staatliche Schulamt für die Landkreise Barnim und Uckermark soll im Fall einer erneuten Schulamtsreform wieder in Eberswalde angesiedelt werden.
AN/051/2018
CDU-Fraktion
 - 2.1.3 Einrichtung eines staatlichen Schulamtes für die Landkreise Uckermark und Barnim
AN/052/2018/1
Fraktion DIE LINKE, Fraktion SPD/BVB, CDU-Fraktion
3. Bestätigung der Niederschrift der 15. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 06.12.2017 - öffentlicher Teil
256/2017
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Aktuelle Stunde
 - 6.1 Bericht des Landrates
 - 6.2 Aussprache zum Bericht

7. Anfragen aus dem Kreistag
 - 7.1 Schülerbeförderung im Landkreis Uckermark
AF/027/2018
Weide, David
 - 7.2 Grabowschule in Prenzlau
AF/028/2018
Weide, David
 - 7.3 Altersfeststellung bei minderjährigen Zuwanderern mit dem nichtinvasiven Ultraschall-Handscanner Prisma
AF/030/2018
Weide, David
 - 7.4 1,5 Millionen Euro für Integration von Flüchtlingen und gegen Fremdenfeindlichkeit
AF/036/2018
Weide, David
 - 7.5 Familiennachzug Asylbewerber
AF/037/2018
Weide, David
 - 7.6 Flüchtlingssituation Cottbus
AF/038/2018
Weide, David
 - 7.7 Vollsperrung B198
AF/039/2018
Weide, David
8. Anträge an den Kreistag
 - 8.1 Stärkung der Mittelzentren als Anker kulturellen Lebens im ländlichen Raum
AN/042/2018
SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion, Fraktion BLR
 - 8.2 Stärkung des Mobilfunks in der Uckermark
AN/041/2018
Fraktion DIE LINKE, SPD/BVB-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion BLR
 - 8.3 Resolution zur Kannenburger Schleuse in Templin
AN/044/2018
SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion, Fraktion Bauern/Ländlicher Raum
 - 8.4 Antrag an den Kreistag zur „Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden im Landkreis Uckermark“
AN/045/2018
CDU-Fraktion
 - 8.5 Senkung der Kreisumlage im Zuge der Diskussion zum Haushalt 2019/20
AN/049/2018
SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE
 - 8.6 Einrichtung eines staatlichen Schulamtes für die Landkreise Uckermark und Barnim
AN/052/2018/1
Fraktion DIE LINKE, Fraktion SPD/BVB, CDU-Fraktion
9. Stellungnahme zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion (LEP HR)
BV/047/2018/1

10. Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Potsdam für die Amtsperiode ab 01.07.2018
BV/005/2018
11. Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg für die Amtsperiode ab 19.08.2018
BV/006/2018/1
12. Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahlausschüsse zur Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Jugendgerichte der Amtsgerichte Prenzlau und Schwedt/Oder und die Jugendstrafkammern des Landgerichts Neuruppin für die Amtsperiode 2019 bis 2023
BV/008/2018
13. Änderung der Stellenpläne 2017 und 2018
BV/839/2017
14. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung im Budget des Rechtsamtes für Versicherungsbeiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung
BV/031/2018
15. Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für den Um- und Ausbau der Kleinsportanlage der Oberschule Templin
BV/043/2018
16. Umsetzung des Kapitels 2 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 2 - KInvFG 2)
BV/009/2018
17. Kindertagesstättenbedarfsplan (Fortschreibung 2017)
BV/024/2018/1
18. Befristetes Aussetzen der Trichinenuntersuchungsgebühr im Jagdjahr 2018/2019 und optional für das Jagdjahr 2019/2020 aufgrund der Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest
BV/034/2018/1
19. Erstellung eines Bildungsberichtes im Zusammenhang mit der Entstehung eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements und Entwicklung einer Bildungsstrategie. Aufbauend auf die bisherigen vorbereitenden Arbeiten soll nun konkret die Erstellung des Bildungsberichtes für den Landkreis Uckermark erfolgen.
BV/020/2018
20. Vergabe von Fördermitteln 2018 entsprechend der Richtlinie für die Vergabe von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis Uckermark über 2.500,00 Euro.
BV/021/2018
21. Bericht des Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark für das Jahr 2017
BR/023/2018
22. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungs-, Seniorenbeauftragte und der Beauftragten für Menschen mit Behinderung
BR/001/2018
23. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im IV. Quartal 2017
BR/004/2018
24. Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2016
BR/011/2018
25. Jahresbericht 2017 und BuT-Berichterstattung
BR/017/2018

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 15. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 06.12.2017 - öffentlicher Teil 256/2017

Herr Seyfried informiert darüber, dass innerhalb der vorgegebenen Frist keine Einwendungen gegen die Niederschrift der 15. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 06.12.2017 – öffentlicher Teil eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Informationen des Kreistagsvorsitzenden

Herr Seyfried informiert darüber, dass alle offenen Aufträge an die Verwaltung, die sich aus der 15. Sitzung des Kreistages am 06.12.2017 – öffentlicher Teil – ergeben haben, zwischenzeitlich abgearbeitet wurden.

Es handelt sich um folgende Angelegenheiten

- Zusatzfrage zur Anfrage AF/797/2017 (Jugendamt sucht Pflegeeltern) von Frau Birgit Bader

Die schriftliche Beantwortung der Zusatzfrage erfolgte mit Schreiben vom 14.12.2017.

- Einwohnerfrage von Herrn Ruhnau

Die schriftliche Beantwortung der Einwohnerfrage erfolgte mit Schreiben vom 03.01.2018.

Eine Kopie der o.g. Antwortschreiben ist allen Mitgliedern des Kreistages elektronisch bzw. in Papierform zur Kenntnis gegeben worden.

Informationen des Landrates

Vorstellung von Herrn René Harder, Amtsleiter des Bauordnungsamtes

Der Landrat stellt Herrn René Harder als neuen Amtsleiter des Bauordnungsamtes vor.

Der Landrat und Herr Seyfried wünschen Herrn Harder für seine neue Funktion als Amtsleiter viel Erfolg und überreichen ihm jeweils einen Blumenstrauß.

Weitere Informationen des Landrates

Der Landrat informiert darüber, dass dank der Unterstützung der Länder Berlin und Brandenburg zur Übernahme der Planungskosten nunmehr der Durchbruch zum zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Angermünde - Stettin erreicht ist.

Des Weiteren berichtet er über Probleme bei den Milchbauern auf Grund der Insolvenz der Berliner Milcheinfuhr – Gesellschaft mbH (BMG).

Der Landrat informiert die Kreistagsmitglieder anschließend noch über folgende Angelegenheiten:

1. Stand und Verfahren des Breitbandausbaus im Landkreis
2. Ausbau des Deponiestandortes Pinnow
3. Einführung einer Knotenpunktwegweisung für die Radinfrastruktur im Landkreis
4. Umsetzung des Kommunalinvestitionsfördergesetzes im Landkreis Uckermark
5. Investitions- und Umsetzungsprojekt zur Wiederansiedlung des baltischen Störs in der Oder
6. Umbau des Bahnhofes Tantow zu einem modernen Umsteigebahnhof
7. Aktuelle Informationen zum Straßenbau (Kreis-, Landes- und Bundesstraßen)

Die ausführlichen Informationen des Landrates sind der Niederschrift des Kreistages als Anlage beigefügt (s. **Anlage 1**).

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Seyfried stellt fest, dass keine Einwohnerfragen vorliegen.

(Herr Schön kommt um 14:20 Uhr.)

zu TOP 6: Aktuelle Stunde

zu TOP 6.1: Bericht des Landrates

Der Landrat geht in seinem Bericht auf Schwerpunkte und Herausforderungen im Jahr 2017 ein und berichtet dabei über folgende Themen:

1. Aufhebung der geplanten Verwaltungsstrukturreform
2. Vorbereitung des flächendeckenden Breitbandausbaus im Landkreis Uckermark
3. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes bis zum Jahr 2022
4. Herausforderungen der Flüchtlings- und Asylpolitik im Landkreis Uckermark
5. Konsolidierung und solide Durchführung des Kreishaushaltes

Des Weiteren gibt der Landrat einen Ausblick für das Jahr 2018 und berichtet u.a. über geplante Investitionsvorhaben in große Produktionsbetriebe, die Krankenhauslandschaft oder den Straßenbau.

Der Landrat informiert über die Entscheidung des Finanzministers, das Finanzamt in Angermünde zu belassen, was ihn dazu bewogen hat, noch einmal im Bildungsministerium vorstellig zu werden, um wieder ein Staatliches Schulamt für den Nordosten Brandenburgs zu etablieren.

Abschließend weist der Landrat darauf hin, dass er weitere Details der Arbeit aus den Dezernaten und Ämtern für 2017 und 2018 den Fraktionen übergeben hat.

Herr Seyfried bittet darum, den Bericht des Landrates der Niederschrift als Anlage beizufügen (s. **Anlage 2**).

zu TOP 6.2: Aussprache zum Bericht

Herr Dr. Gerlach erinnert an den im Oktober 2017 beschlossenen Ausgleichsbetrag für die Verkehrsbetriebe und in diesem Zusammenhang an ein Versprechen, sich um das Tourismusproblems Lychen zu kümmern. Er weist darauf hin, dass eine Landesförderung für den Tourismusverkehr nicht vorgesehen ist und gegebenenfalls etwas über den Bedarfsverkehr erreicht werden kann. Herr Dr. Gerlach bittet darum, dass genannte Versprechen einzulösen.

Der Landrat weist darauf hin, dass der Nahverkehrsplan nochmals aufgemacht wurde und die Zeitschiene zur Meinungsbildung und den Zuarbeiten aus den Regionen hierzu läuft. Der Landrat fordert nochmals alle dazu auf, dem Landkreis entsprechende Vorschläge zur Überarbeitung des Nahverkehrsplanes zuzuarbeiten.

Herr Wichmann lobt zunächst die Arbeit des Landrates für die Uckermark in seiner zurückliegenden achtjährigen Amtszeit. Bezug nehmend auf die Ausführungen des Landrates zur Aufhebung der geplanten Verwaltungsstruktureform ist Herr Wichmann der Meinung, dass es hauptsächlich der Volksinitiative und dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger des Landes zu verdanken ist, dass die Verwaltungsstruktureform letztendlich durch den Ministerpräsidenten gestoppt wurde. Er begrüßt die gemeinsam erarbeitete Stellungnahme des Landkreises zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes und hält jedoch andererseits die vom Landkreis vorgenommenen Streichungen beim ÖPNV für nicht richtig, weshalb dort nachgesteuert werden müsse. Herr Wichmann äußert sich anschließend noch kritisch über die Art und Weise der Personalführung seitens der Verwaltungsspitze innerhalb der Kreisverwaltung Uckermark.

Herr Bretsch berichtet von seiner Teilnahme an der Versammlung der Angelvereine des Kreisanglerverbandes Schwedt/Angermünde am 10.03.2018 und weist auf die bevorstehende Veranstaltung des Anglerverbandes Uckermark e.V. in Prenzlau am 24.03.2018 hin. In diesem Zusammenhang regt er an, in einem der nächsten Berichte des Landrates darüber zu informieren, wie sich die Lage bezüglich der Seen und der Möglichkeiten darstellt, dort dem Angelsport nachzugehen. Des Weiteren möchte Herr Bretsch wissen, wie sich die aktuelle Situation hinsichtlich der Erwartung von Wölfen in der Uckermark gestaltet. Bezüglich der Thematik Rücknahme der geplanten Verwaltungsstruktureform würdigt Herr Bretsch die von der Verwaltung vorgelegte gute Zuarbeit, die den Kreistag in die Lage versetzt hat, sachlich und fachlich begründete Stellungnahmen gegenüber der Landesregierung zu beschließen. Herr Bretsch ist der Auffassung, dass diese sachliche und fachliche Begründung einen Großteil dazu beigetragen hat, zu einem Nachdenken bei der Landesregierung zu kommen. Bezug nehmend auf die Kritik Herrn Wichmanns an der Personalführung durch die Verwaltungsspitze weist Herr Bretsch u.a. auf die besondere Arbeitsbelastung der Mitarbeiter des Jugendamtes hin. Er teilt in diesem Zusammenhang mit, dass regelmäßige Zusammenkünfte zwischen

dem zuständigen Beigeordneten und ihm sowie Mitarbeitern eingeführt wurden, in dem entsprechende Problemlagen besprochen werden sollen.

Herr Banditt begrüßt u.a. den angekündigten Durchbruch beim zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Angermünde - Stettin und möchte vom Landrat wissen, ob dieser Ausbau tatsächlich verbindlich sowie finanziell und planerisch abgesichert ist. Des Weiteren hinterfragt er den voraussichtlichen Termin der Fertigstellung dieses Projektes.

Der Landrat weist in diesem Zusammenhang u.a. auf entsprechende Medienberichte sowie auf die gestrige gemeinsame Kabinettsitzung der Regierungen von Berlin und Brandenburg hin, wo man sich im Beisein von Vertretern der Deutschen Bahn AG gemeinsam zu einer entsprechenden Planung für den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Angermünde - Stettin verständigt hat. Der Zeitpunkt der Fertigstellung des Projektes werde davon abhängen, wie schnell und wie gut umgeplant werden könne. Der Landrat ist der Auffassung, dass dieses Vorhaben aus seiner Sicht nicht mehr zurückzudrehen ist.

zu TOP 7: Anfragen aus dem Kreistag

zu TOP 7.1: Schülerbeförderung im Landkreis Uckermark AF/027/2018 Weide, David

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 06.02.2018 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

zu TOP 7.2: Grabowschule in Prenzlau AF/028/2018 Weide, David

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 31.01.2018 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

zu TOP 7.3: Altersfeststellung bei minderjährigen Zuwanderern mit dem nichtinvasiven Ultraschall-Handscanner Prisma AF/030/2018 Weide, David

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 06.02.2018 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

zu TOP 7.4: 1,5 Millionen Euro für Integration von Flüchtlingen und gegen Fremdenfeindlichkeit

AF/036/2018

Weide, David

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 06.02.2018 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

zu TOP 7.5: Familiennachzug Asylbewerber

AF/037/2018

Weide, David

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 06.02.2018 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

zu TOP 7.6: Flüchtlingssituation Cottbus

AF/038/2018

Weide, David

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 06.02.2018 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

zu TOP 7.7: Vollsperrung B198

AF/039/2018

Weide, David

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 06.02.2018 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsmitgliedern ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

zu TOP 7.8: Situation Oberuckersee

AF/053/2018

Scheffel, Klaus

Herr Scheffel meldet sich zu Wort und nimmt auf die Ausführungen von Herrn Bretsch im TOP 6.2 zu den Angelvereinen Bezug. Er ist der Meinung, dass auf dem Ober- und dem Unteruckersee etwas vor sich geht, von dem er nichts weiß.

Herr Scheffel legt zum Thema - Situation Oberuckersee - folgende schriftliche Anfrage vor:

„1. Wer ist Eigentümer des Gewässers „Oberuckersee“, „Unteruckersee“?

2. Gibt es Vorstellungen zur Einführung einer Beschattungssteuer für Bootseigner?“

Herr Scheffel bittet den Landrat um schriftliche Beantwortung seiner Anfrage.

Die Anfrage wurde im Nachgang zur Sitzung des Kreistages als DS-Nr.: **AF/053/2018** registriert.

zu TOP 7.9: Anfrage - Herr Henryk Wichmann

Herr Wichmann teilt mit, dass von verschiedenen Seiten an ihn herangetragen wurde, dass es in den vergangenen Wochen Gespräche von Seiten der einzelnen Beigeordneten mit Mitarbeitern der Kreisverwaltung dahingehend gegeben haben soll, den Kontakt mit Frau Karina Dörk, vor allem mit Blick auf Informationen und Unterlagen aus dem Hause der Kreisverwaltung, möglichst zu unterbinden.

Herr Wichmann möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob es eine entsprechende Anweisung des Landrates an die Beigeordneten oder ob es Gespräche der Beigeordneten mit maßgeblichen leitenden Mitarbeitern hierzu gegeben hat. Er bittet den Landrat um entsprechende Aufklärung.

Der Landrat teilt mit, dass es dazu nichts aufzuklären gibt, weil weder von ihm noch von den Beigeordneten eine solche Anweisung erlassen wurde.

Da die Anfrage vom Landrat abschließend in der Sitzung des Kreistages beantwortet wurde, wird auf eine schriftliche Einreichung und Registrierung der Anfrage als Drucksache verzichtet.

zu TOP 8: Anträge an den Kreistag

zu TOP 8.1: Stärkung der Mittelzentren als Anker kulturellen Lebens im ländlichen Raum

AN/042/2018

SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion, Fraktion BLR

Herr Bretsch bringt u.a. zum Ausdruck, dass neben der bereits beschlossenen Förderung großer Kultureinrichtungen des Landkreises zusätzlich auch in den Mittelzentren Prenzlau und Angermünde jeweils eine wichtige Kultureinrichtung gefördert werden soll und weist in diesem Zusammenhang auch auf die Umlandfunktion beider Mittelzentren hin. Herr Bretsch spricht sich im Interesse der Gleichbehandlung der Mittelzentren und der Kommunen für den vorliegenden Antrag aus und bittet um Zustimmung.

Herr Dr. Gerlach merkt u.a. an, dass es ihm auch um die Finanzierung von Kunst und Kultur in den Dörfern geht und weist in diesem Zusammenhang auf die fehlenden finanziellen Mittel für entsprechende Ausgaben in seinem Heimatort hin. Er macht darauf aufmerksam, dass es sich bei der geplanten Förderung der Mittelzentren um Gelder handelt, die über die Kreisumlage finan-

ziert werden müssten. Herr Dr. Gerlach bemängelt, dass damit auch seine Heimatgemeinde mit zur Finanzierung von Mittelzentren beitragen würde, die finanziell besser stehen würden. Er bittet im Zusammenhang mit dem im Antrag enthaltenen Prüfauftrag an den Landrat darum, dass die Förderung der Mittelzentren als Anker im ländlichen Raum in einer Weise geschieht, dass den Dörfern nicht das Geld weggenommen wird.

Herr Krumrey spricht u.a. sich dagegen aus, die finanzielle Situation von Dörfern und Städten gegeneinander auszuspielen. Er weist darauf hin, dass im Antrag um die Stärkung der Mittelzentren als Anker des kulturellen Lebens geht. So sollen die großen kulturellen Einrichtungen in den Mittelzentren gestärkt werden, die auch Anziehungspunkt für die Bürger der Dörfer sind. Herr Krumrey bittet deshalb um Zustimmung für den vorliegenden Antrag durch alle Fraktionen.

(Frau Hirschfelder kommt um 15:10 Uhr)

Herr Wichmann kündigt im Sinne der Ausgewogenheit für alle vier Mittelzentren des Landkreises seine Zustimmung zum vorliegenden Antrag an. Er weist jedoch auf die Situation in den ländlichen Regionen und den kleineren Gemeinden hin. Herr Wichmann informiert darüber, dass durch die Enquete-Kommission des Landtages in einer Sitzung in der Uckermark zum Thema „Kultur im ländlichen Raum“ bestätigt wurde, dass es in der Kultur, wie in kaum einem anderen öffentlich finanzierten Bereich, ein enormes Gefälle in Abhängigkeit von der Größe der Stadt gibt. Er merkt an, dass dieses Gefälle mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt allen Politiker Ansporn sein sollte, daran etwas zu verändern. In diesem Zusammenhang regt Herr Wichmann an, die Uckermärkische Kulturagentur mit Blick auf die Versorgung der ländlichen Räume weiter zu stärken.

Herr Bretsch macht darauf aufmerksam, dass es bei der Stärkung der Mittelzentren als Anker im ländlichen Raum auch darum geht, den ländlichen Raum für Fachkräfte aus dem Umland attraktiver zu machen mit dem Ziel, sich in der Uckermark anzusiedeln und zu arbeiten.

Herr Regler weist u.a. darauf hin, dass kleinere Gemeinden auch einen Rechtsanspruch auf die Umlandfunktion von Mittel- und Oberzentren haben.

Herr Dr. Gerlach kritisiert u.a., dass seiner Heimatgemeinde einerseits seitens der Kommunalaufsicht untersagt wird, Ausgaben aus ihrem Haushalt für die eigene Kultur- und Sportförderung zu tätigen und sie gleichzeitig aber dazu beitragen soll, Kunst und Kultur in den Mittelzentren zu fördern. Er weist darauf hin, dass es Instrumente gibt, dieses Problem zu differenzieren. Herr Dr. Gerlach kündigt an, sich bei der Abstimmung über den Antrag der Stimme zu enthalten, so lange diese Frage nicht geklärt ist. Er bittet abschließend darum, sich um diese Frage zu kümmern.

Herr Wichmann bittet noch darum, in den Prüfauftrag an den Landrat mitaufzunehmen, dass über die Uckermärkische Kulturagentur oder mit der Kulturförderrichtlinie auch kleinere Orte hinsichtlich der Kulturförderung zu unterstützen.

Herr Banditt schlägt als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport (KBSA) vor, diese Thematik in die nächste Sitzung des KBSA mit aufzunehmen und dann darüber zu beraten, um hier ein Stück weiter zu kommen.

Der Landrat weist u.a. darauf hin, dass er gemäß vorliegendem Antrag keinen Prüfauftrag erhält, sondern gebeten wird, den Antrag entsprechend umzusetzen. Des Weiteren merkt er an, dass es eine sehr differenzierte Lage der Gemeinden des Landkreises hinsichtlich ihrer Finanzen gibt, was im Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung auch mal dargelegt werden sollte. Der Landrat weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass alles mit dem Finanzausgleichsgesetz zusammenhängt.

„Zur Stärkung der Mittelzentren als Anker im ländlichen Raum wird der Landrat gebeten, in Abstimmung mit den Mittelzentren ein Konzept der Zusammenarbeit und finanziellen Unterstützung im kulturellen Bereich zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen. Zielstellung soll dabei sein, die nachhaltige Zusammenarbeit und Förderung mit einer kulturellen Einrichtung je Mittelzentrum langfristig abzusichern.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 8.2: Stärkung des Mobilfunks in der Uckermark
AN/041/2018**

Fraktion DIE LINKE, SPD/BVB-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion BLR

Herr Poppe weist u.a. darauf hin, dass es im Antrag um die Gemeinden geht, die eine schlechte Mobilfunkversorgung haben und auch das Problem des Internetanschlusses im Raum Neukünkendorf gelöst werden soll.

Herr Wichmann kritisiert die unzureichende Netzabdeckung mit Mobilfunk in den ländlichen Regionen. Er merkt u.a. an, dass durch den im Internet installierten „Funklochmelder“ und durch entsprechende Meldungen von Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs die Lage der Funklöcher auch in der Region der Uckermark sichtbar gemacht werden konnte. Herr Wichmann teilt mit, dass er jede Initiative begrüßt, die dazu beiträgt, die Funklöcher zu schließen und signalisiert Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Herr Meyer plädiert dafür, eine direkte Anlaufstelle für das Thema „Digitalisierung“ zu schaffen. Er ist der Auffassung, dass Digitalisierung die Schlüsselstelle ist, wenn der Landkreis regional lebenswerter für Berliner oder für Fachkräfte im Handwerk, im pädagogischen oder im medizinischen Bereich gestaltet werden soll.

Der Landrat weist u.a. darauf hin, dass es mit Herrn Thom bereits einen Breitbandbeauftragten des Landkreises gibt, der auch zum Ansprechpartner für alle digitalen Angelegenheiten gemacht werden kann.

„Der Landrat wird gebeten, unterversorgte Bereiche im Mobilfunknetz im Landkreis Uckermark festzustellen und sich für die Beseitigung dieser bei den entsprechenden Stellen einzusetzen.

Darüber hinaus wird der Landrat gebeten, bei der Absicherung des Internetanschlusses im Raum Neukünkendorf jegliche mögliche Unterstützung durch die Kreisverwaltung zu geben sowie ggf. weitere benachteiligte

Regionen bezüglich der Internetanbindung zu identifizieren und gleichermaßen tätig zu werden.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 8.3: Resolution zur Kannenburger Schleuse in Templin
AN/044/2018**

SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion, Fraktion BLR

Herr Bretsch hält es für den Tourismus im Raum Templin nicht für zumutbar, dass für einen Zeitraum von zwei Jahren, die Anbindung an das Wassertourismusgebiet Oberhavel und an das überregionale Wasserstraßennetz abgeschnitten werden soll. Er merkt an, dass die besondere Situation in Templin die Antragsteller dazu bewogen hat, die Bundeskanzlerin mit dem Antrag direkt anzusprechen.

Herr Wichmann signalisiert Zustimmung zum vorliegenden Antrag und hält die Bundeskanzlerin für den richtigen Adressaten.

Herr Thomas Neumann begrüßt den Antrag und informiert u.a. darüber, dass es am 13.02.2018 in Templin bereits eine Beratung mit dem Bundesschiffahrtsamt gegeben hat, in dem auch Unternehmer und Tourismusvertreter der Region Kritik an der vorübergehenden Schließung der Kannenburger Schleuse zum Ausdruck gebracht haben. Er teilt mit, dass im Ergebnis der Beratung bereits eine Zusage zum Neubau der Schleuse gegeben wurde und nach Aussage des Bundesschiffahrtsamt alles Mögliche getan werde, um den Bau so schnell wie möglich zu generieren. Herr Thomas Neumann merkt an, dass die Möglichkeit der Offenhaltung der Schleuse durch eine Notreparatur verneint wurde und auch der Weiterbetrieb der Schleuse im jetzigen Zustand aus Sicherheitsgründen nicht erfolgen kann. Er weist noch darauf hin, dass die Stadtverordnetenversammlung Templin in der letzten Woche den Bürgermeister der Stadt Templin bereits beauftragt hat, Unterstützung in der zeitlichen Schiene zu gewährleisten. Der Auftrag wird damit begründet, dass das Bundesschiffahrtsamt zwar die Mittel für den Neubau der Schleuse bewilligen wird, jedoch nicht selbst die Planungsleistungen generieren kann. Herr Thomas Neumann informiert, dass die Stadt Templin daraufhin angeboten hat, die Planung für das Bundesschiffahrtsamt ersatzweise zu übernehmen.

Herr Sebastian Tattenberg plädiert dafür, sich als Kreistag hinter die Stadt Templin zu stellen und den Druck in dieser Angelegenheit weiter zu erhöhen und ein Signal für den Ersatzneubau der Kannenburger Schleuse zu setzen.

(Herr Finger kommt um 15:42 Uhr)

Herr Poppe spricht sich u.a. dafür aus, dass die Verantwortlichen mit den Betroffenen darüber ins Gespräch zu kommen sollten, wie man den Zeitraum der vorübergehenden Schließung der Schleuse aus wirtschaftlicher Sicht überbrücken kann.

Der Landrat kritisiert, wie die zuständige Bundesbehörde mit dem vorliegenden Thema umgeht und hält die zu beschließende Resolution für sinnvoll und wichtig.

„Der Kreistag beschließt die beigefügte Resolution zur Kannenburger Schleuse und wendet sich mit dieser an die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

(PAUSE von 15:46 Uhr bis 16:13 Uhr)

**zu TOP 8.4: Antrag an den Kreistag zur „Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden im Landkreis Uckermark“
AN/045/2018
CDU-Fraktion**

Herr Seyfried weist einleitend darauf hin, dass die Anträge AN/045/2018 und AN/049/2018 gemeinsam beraten werden und anschließend über den Antrag AN/045/2018 und danach über den Antrag AN/049/2018 abgestimmt wird.

Herr Banditt nimmt Bezug auf den Antrag AN/045/2018 und teilt mit, dass die CDU-Fraktion angesichts der finanziellen Situation in vielen Gemeinden der Meinung ist, die Kreisumlage bereits jetzt zu senken und nicht vorbehaltlich noch bevorstehender Diskussionen zum Haushalt. Er weist auf die hohen finanziellen Rücklagen des Landkreises und die für ihn überdurchschnittliche Höhe der Kreisumlage hin. Herr Banditt sieht den Landkreis deshalb abgetrennt von den Kommunen und nicht im Interesse der Bürger handelnd. Er bittet u.a. darum, dem Antrag AN/045/2018 zuzustimmen und durch Senkung der Kreisumlage etwas für die Gemeinden zu tun.

Herr Krumrey merkt an, dass die Senkung der Kreisumlage bereits in die Diskussion zum Doppelhaushalt 2017/18 eingeflossen ist und auch das Ansinnen, bei einer guten Haushaltssituation auch weiter darüber nachzudenken. Er weist jedoch darauf hin, dass der Landkreis anhand der Steuerschätzungen zwar in etwa weiß, mit welchen Einnahmen er in den nächsten Jahren zu rechnen hat, ihm jedoch nicht bekannt ist, welche Ausgaben tatsächlich anstehen. Herr Krumrey hält zum jetzigen Zeitpunkt das Festlegen einer konkreten Höhe der Einsparung im Haushalt zur Senkung der Kreisumlage für falsch, da noch nicht bekannt ist, welche Einsparungen im Haushalt möglich sind und über die Senkung der Kreisumlage an die Gemeinden zurückgegeben werden kann. Er spricht sich deshalb für den Antrag AN/049/2018 und den damit verbundenen Beschlussvorschlag aus.

Herr Dr. Gerlach macht auf die verbesserte finanzielle Situation des Landkreises aufmerksam, zu der seiner Meinung nach auch die Kreisumlage beigetragen hat. Er merkt zum Antrag AN/045/2018 u.a. an, dass es darum geht, aus dem Überschuss der vergangenen Jahre Mittel einzusetzen, um die Kreisumlage der kommenden zwei Jahre zu senken. Herr Dr. Gerlach nimmt Bezug auf die Bestimmungen der Brandenburgischen Kommunalverfassung, wonach der Landkreis eine Umlage nach den gesetzlichen Bestimmungen zu erheben hat, wenn die sonstigen Finanzmittel nicht ausreichen. Er merkt an, dass sonstige Finanzmittel vorhanden sind und die Frage des Einsatzes dieser Finanzmittel, einmal vom Kreistag mit der Verwaltung diskutiert werden sollte.

Herr Bretsch spricht sich Bezug nehmend auf den Antrag AN/045/2018 u.a. dafür aus, nicht mit einer festen Summe in die Haushaltsdiskussion zu gehen.

Er erinnert daran, dass der Landkreis im Jahr 2017 eine Million Euro in den Bereich des Jugendamtes zuschießen musste. Herr Bretsch weist auch auf den heute gefassten Beschluss zur Stärkung von zwei weiteren Mittelzentren hin, wo noch nicht bekannt ist, wie hoch die Summe ist. Des Weiteren nennt er das zu erwartende Behindertenteilhabegesetz, wo noch nicht bekannt ist, wie viel Ausgaben in diesem Zusammenhang auf den Landkreis zukommen. Herr Bretsch weist auf die Menge zukünftiger Unwägbarkeiten hin, von denen der Bürger erwartet, dass damit vernünftig umgegangen wird. Er weist noch darauf hin, dass der erste Beigeordnete in der vorletzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung zugesagt hat, dass geprüft wird, ob die Kreisumlage entsprechend gesenkt werden kann. Herr Bretsch geht deshalb davon aus, dass die Verwaltung die Aufgabe entsprechend erledigt und ihre Arbeit macht. Er merkt noch an, dass kein politisch motivierter Antrag, sondern eine Sach- und Facharbeit im Sinne von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit gebraucht wird.

Herr Poppe merkt u.a. an, dass es in beiden Anträgen um die zukünftige Senkung der Kreisumlage geht, sie sich jedoch in der Art und Weise unterscheiden, wie es dazu kommen soll. Er spricht dafür aus, sich noch nicht auf eine konkrete Senkung der Kreisumlage festzulegen, sondern das Gesamtpaket erst dann zu beurteilen, wenn die entsprechenden Zahlen und die Möglichkeiten vorliegen, die der Landkreis hat.

Herr Wichmann plädiert u.a. dafür, dass in Zeiten, in denen es dem Landkreis gut geht, auch mal etwas vom Erfolg an die Städte und Gemeinden im Landkreis zurückgegeben wird. Er ist der Auffassung, dass eine Entlastung der Gemeinden das richtige Zeichen zur richtigen Zeit ist und hofft, dass es unabhängig vom Ergebnis der Abstimmung zu einer Verbesserung für die Städte und Gemeinden kommt.

Herr Dr. Gerlach möchte u.a. wissen, ob sich Einnahmen, die der Landkreis über das gesetzliche Maß hinaus von den Gemeinden über die Kreisumlage erzielt, nicht schädlich auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen vom Land auswirken könnten.

Herr Regler kündigt an, dass die FDP-Fraktion beide Anträge, AN/045/2018 und AN/049/2018, ablehnen werden. Er begründet dieses damit, dass er keinen Grund dafür sieht, diese Anträge überhaupt zu stellen. Herr Regler weist darauf hin, dass sich der Landkreis bereits entsprechend des vorgegeben Terminplanes bei der Haushaltsaufstellung befindet. Er erinnert auch an die in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung im November 2017 von der Verwaltung gemachte Zusage, mit der Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes die Zahlen aufzuarbeiten und vorzulegen.

Herr Neumann stellt u.a. fest, dass Einigkeit darüber besteht, die Kreisumlage verschiedenen Voraussetzungen senken zu wollen. Er macht mit Bezug auf den Antrag AN/045/2018 darauf aufmerksam, dass es sich um einen Prüfauftrag dahingehend handelt, ob das, was sich der Antragsteller wünscht, überhaupt umgesetzt werden kann. Herr Neumann merkt an, dass erst wenn das Ergebnis der Prüfung bejaht werden kann und eine Umsetzung so möglich ist, entsprechende Beschlüsse gefasst werden können.

Herr Meyer weist mit Bezug auf den Antrag AN/045/2018 u.a. darauf hin, dass es darum geht, die Gemeinden zu entlasten. Er schlägt vor, fraktionsübergreifend nach Lösungsansätzen zu suchen.

Herr Krumrey spricht sich u.a. dafür aus, im Rahmen der Haushaltsdebatte darüber reden, um wie viel die Kreisumlage gesenkt werden kann und was der Landkreis an die Bürgerinnen und Bürger wieder zurückgeben kann.

Herr Wichmann stellt für die CDU-Fraktion den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung zum Antrag AN/045/2018.

Herr Seyfried stellt fest, dass es hierzu keiner Abstimmung bedarf und namentlich abgestimmt wird.

Herr Dr. Schwill stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste.

Der Kreistag stimmt dem Geschäftsordnungsantrag zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: mehrheitlich

Der Landrat weist u.a. noch auf neue Aufgaben für den Landkreis im Rahmen der Umsetzung neuer Gesetze und den damit verbundenen noch nicht vorhersehbaren finanziellen Aufwendungen für den Landkreis hin.

Herr Seyfried bittet anschließend um namentliche Abstimmung über den Antrag AN/045/2018 und ruft hierzu die anwesenden Kreistagsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge nacheinander auf.

„Der Landrat möge prüfen, ob nicht zur Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden des Landkreises die Kreisumlage in der nächsten Haushaltsperiode erheblich gesenkt werden kann, so dass den Gemeinden ein Mehrbetrag von 4-5 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung steht.“

Abstimmungsergebnis: Ja: 16 Nein: 23 Enthaltungen: 1
(namentliche Abstimmung)

(Die Übersicht über die namentliche Abstimmung der einzelnen Kreistagsmitglieder ist der Niederschrift als Anlage beigefügt (s. **Anlage 3**).

zu TOP 8.5: Senkung der Kreisumlage im Zuge der Diskussion zum Haushalt 2019/20
AN/049/2018
SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE

(Herr Dräger geht um 17:08 Uhr.)

„Der Landrat wird gebeten, im Rahmen der laufenden Erarbeitung des Haushaltes zu prüfen, wie die in der Diskussion zum jetzigen Doppelhaushalt getroffene Anregung zur zukünftigen Senkung der Kreisumlage unter Berücksichtigung der bisherigen und auch durch aktuelle Beschlüsse des Kreistages neu hinzugekommenen freiwilligen Aufgaben umgesetzt werden kann. Das Ergebnis dieser Prüfung ist in die Beratungsabfolge der Diskussion zum Haushalt 2019/20 einzubeziehen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: 20 Nein: 18 Enthaltungen: 2

zu TOP 8.6: Einrichtung eines staatlichen Schulamtes für die Landkreise Uckermark und Barnim

AN/052/2018/1

Fraktion DIE LINKE, Fraktion SPD/BVB, CDU-Fraktion

Herr Poppe merkt u.a., dass mit dem vorliegenden Antrag angestrebt wird, das Staatliche Schulamt in den Landkreis Uckermark zu holen. Er hält Angermünde für einen geographisch zentral gelegenen Standort für die Landkreise Uckermark und Barnim, die den Schulräten kurze Wege zu den Schulen ermöglichen würde. Herr Poppe bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Herr Dr. Gerlach weist auf einen Antrag des Landkreises Barnim hin, dass das Staatliche Schulamt wieder nach Eberswalde zu bringen. Er würde es deshalb für unklug halten, jetzt nicht auch als Kreistag Uckermark einen Antrag zu diesem Thema einzubringen.

„Der Landrat wird beauftragt, sich weiterhin bei der Landesregierung für die Einrichtung eines staatlichen Schulamtes für den Bereich Uckermark und Barnim einzusetzen. Als Standort wird das zukünftige Mittelzentrum Angermünde favorisiert.“

Darüber hinaus wird der Landrat gebeten, sich auch nach der Absage der Verwaltungsstrukturreform auf politischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Verantwortung für die staatlichen Schulämter auf die Ebene der Landkreise bzw. der regionalen Planungsgemeinschaften übertragen werden.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 9: Stellungnahme zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion (LEP HR)

Vorlage: BV/047/2018/1

Herr Seyfried dankt zunächst den Teilnehmern der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe, die zusammen mit der Verwaltung an der Ausarbeitung der Stellungnahme zum 2. Entwurf des LEP HR mitgewirkt haben.

Der Landrat nimmt zum aktuellen Stand des Verfahrens zum 2. Entwurf des LEP HR Stellung. Er weist u.a. daraufhin, dass die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg und nicht der Landtag Brandenburg und das Abgeordnetenhaus Berlin diesen 2. Entwurf des LEP HR zu beschließen haben. Der Landrat merkt an, dass nur die zuständigen Ausschüsse von Berlin und Brandenburg zu beteiligen sind. Aus diesem Grund hält es der Landrat für angebracht, dass der Landkreis neben der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange auch ein kommunalpolitisches Signal an das Land zu senden.

(Herr Meyer geht um 17:16 Uhr.)

Herr Wichmann kritisiert u.a. den 2. Entwurf des LEP HR, weil dieser u.a. nicht definiert, was sich in einzelnen Regionen entwickeln soll und wie das Land diese Entwicklung unterstützen und fördern will, sondern weil der LEP HR von Restriktionen,

Dogmen und Verboten lebt. Er teilt mit, dass diese Verbote auch nicht durch Abwägung im Einzelfall aus der Welt zu schaffen sind.

Herr Bretsch weist u.a. auf den sogenannten Freiraumverbund hin und ist der Meinung, dass man damit der Landwirtschaft in der Uckermark jegliche Entwicklungsmöglichkeit beschneidet. Er geht auch davon aus, dass die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim eine in etwa gleichlautende Stellungnahme zum 2. Entwurf des LEP HR abgibt. Herr Bretsch teilt noch mit, dass man sehr wohl erkannt hat, dass durch die Unterschutzstellungen und durch den Freiraumverbund eine Entwicklung in berlinferneren Regionen kaum möglich ist, was so nicht hingenommen werden kann.

(Herr Scheffel geht um 17:22 Uhr.)

Herr Dr. Gerlach spricht sich für eine Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag aus und merkt an, dass der 2. Entwurf des LEP HR vieles nicht enthält, was der Landkreis für wichtig hält. Er vermisst in diesen Zusammenhang u.a. die Berücksichtigung der Belange der Landwirtschaft oder den Neu- oder Ausbau von Verkehrswegen in der Region.

- „1 *Der Kreistag beschließt die beigefügte Stellungnahme zum 2. Entwurf des LEP HR.*
2. *Der Landrat wird beauftragt, diese Stellungnahme an den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg sowie die Präsidentin des Landtages Brandenburg zur weiteren Veranlassung zu übermitteln.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 10: Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Potsdam für die Amtsperiode ab 01.07.2018
Vorlage: BV/005/2018

„Der Kreistag beschließt, die in der Anlage benannten Bürgerinnen und Bürger in die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Potsdam für die Amtsperiode ab 01.07.2018 aufzunehmen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 11: Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg für die Amtsperiode ab 19.08.2018
Vorlage: BV/006/2018/1

Herr Seyfried weist darauf hin, dass die Kreistagsmitglieder bei diesem Tagesordnungspunkt eine Auswahl von fünf geeigneten Bewerber/innen aus der Ihnen als Anlage zur Beschlussvorlage vorliegenden Bewerberliste zu treffen haben, da nur fünf der insgesamt acht Bewerber/innen in die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg aufgenommen werden können.

Er bittet deshalb, die Auswahl anhand vorbereiteter Wahlzettel vorzunehmen, auf denen maximal fünf geeignete Bewerber/innen anzukreuzen sind.

Herr Seyfried ruft die Kreistagsmitglieder anschließend in alphabetischer Reihenfolge auf und bittet Sie, die Wahlzettel zu empfangen und die Wahl unter Nutzung der Wahlkabine durchzuführen.

Er bittet die Fraktionen um Unterstützung bei der Auszählung nach Durchführung der Wahl.

(Herr Ulrich geht um 17:56 Uhr.)

(Pause von 17:56 Uhr – 18:05 Uhr)

Die Auszählung der Stimmen ergibt folgendes Ergebnis:

Folgende fünf Bewerber/innen wurden aus der Bewerberliste ausgewählt:

Name, Vorname:	Anzahl der erhaltenen Stimmen:
Branding, Susanne	28
Böcker, Mandy	25
Gnauck, Steffi	24
Hildebrandt, Mike	23
Viert, Detlef	21

Die Auswahl des Bewerbers mit den fünfmeisten Stimmen erfolgte durch Losentscheid zwischen den Bewerbern Blüggel, Jürgen (21 Stimmen) und Viert, Detlef (21 Stimmen).

Herr Seyfried weist darauf hin, dass § 28 Satz 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) zur Aufnahme in die Vorschlagsliste die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder der Vertretungskörperschaft des Kreises (Kreistag), mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl erforderlich ist. Somit muss ein Bewerber mindestens 26 Stimmen der Kreistagsmitglieder erhalten, um in die Vorschlagsliste aufgenommen zu werden.

Herr Seyfried teilt mit, dass bei der Auswahl der fünf Bewerber/innen nur eine Bewerberin diese Mindeststimmenzahl erhalten hat. Er schlägt deshalb zur weiteren Verfahrensweise vor, die ausgewählten fünf höchstplatzierten Bewerber/innen nochmals im Block durch offenen Wahlbeschluss zu wählen.

Herr Seyfried bittet den Kreistag um Abstimmung, dass die Wahl der fünf ausgewählten Bewerber/innen im Block durch offenen Wahlbeschluss erfolgt.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

Herr Seyfried stellt fest, dass Einstimmigkeit vorliegt und die Wahl der fünf ausgewählten Bewerber/innen im Block durch offenen Wahlbeschluss erfolgen kann.

„Der Kreistag wählt fünf geeignete Bewerber/innen aus der als Anlage beigefügten Bewerberliste aus und beschließt, diese Bewerber/innen in die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg für die Amtsperiode ab 19.08.2018 aufzunehmen.“

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 12: Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahlausschüsse zur Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Jugendgerichte der Amtsgerichte Prenzlau und Schwedt/Oder und die Jugendstrafkammern des Landgerichts Neuruppin für die Amtsperiode 2019 bis 2023
Vorlage: BV/008/2018

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass eine Wahl durchzuführen ist, wobei jeweils sieben Vertrauenspersonen für den Wahlausschuss beim Amtsgericht Prenzlau und sieben Vertrauenspersonen für den Wahlausschuss beim Amtsgericht Schwedt/Oder zu wählen sind.

Die Wahl erfolgt mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Kreistagsmitglieder, mindestens jedoch mit der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl (§ 40 Abs. 3 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)).

Gemäß Beschlussvorlage wird vorgeschlagen, die in den Bewerberlisten (Anlagen 1 und 2) jeweils aufgeführten sieben Personen als Vertrauenspersonen für die Wahlausschüsse zur Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Jugendgerichte der Amtsgerichte Prenzlau und Schwedt/Oder und die Jugendstrafkammern des Landgerichts Neuruppin für die Amtsperiode 2019 bis 2023 zu wählen.

Herr Seyfried schlägt zur Vereinfachung des Verfahrens vor, die Wahl der Vertrauenspersonen im Block durchzuführen und jeweils sieben Vertrauenspersonen für jedes Amtsgericht gemäß Punkt 1 und 2 des Beschlussvorschlages per offenen Wahlbeschluss zu wählen.

Der Kreistag stimmt dieser Verfahrensweise zu.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

Herr Seyfried stellt fest, dass Einstimmigkeit vorliegt und somit in der in der vorgeschlagenen Weise verfahren werden kann.

Herr Seyfried bittet anschließend die Vertrauenspersonen für jedes Amtsgericht getrennt gemäß Punkt 1 und 2 des Beschlussvorschlages per offenen Wahlbeschluss zu wählen.

„1. *Der Kreistag wählt aus der als Anlage 1 beigefügten Bewerberliste sieben Personen als Vertrauenspersonen für den Wahlausschuss zur Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für das Jugendgericht des Amtsgerichts Prenzlau und die Jugendstrafkammern des Landgerichts Neuruppin für die Amtsperiode 2019 bis 2023.*

Wahlergebnis: *Ja: einstimmig*

2. *Der Kreistag wählt aus der als Anlage 2 beigefügten Bewerberliste sieben Personen als Vertrauenspersonen für den Wahlausschuss zur Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für das Jugendgericht des Amtsgerichts Schwedt/Oder und die Jugendstrafkammern des Landgerichts Neuruppin für die Amtsperiode 2019 bis 2023.“*

Wahlergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 13: Änderung der Stellenpläne 2017 und 2018
Vorlage: BV/839/2017

„Der Kreistag beschließt folgende Änderungen zum Stellenplan:

1. *Der Kreistag beschließt die Änderung der Stellenpläne 2017 und 2018 insoweit, als dass die Stellen der Gesundheitsaufseher nach Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zu bewerten sind.*
2. *Der Kreistag beschließt die Aufstockung des Stellenplanes 2018 um 1,0 VZÄ im Gesundheits- und Veterinäramt für eine Stelle SB Lebensmittelkontrolle. Ferner beschließt der Kreistag die genannte Stelle nach Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst im Stellenplan 2018 zu bewerten.*
3. *Der Kreistag beschließt die Aufstockung des Stellenplanes 2018 um 0,9 VZÄ im Jugendamt für eine Stelle SB Vormundschaften. Ferner beschließt der Kreistag die genannte Stelle nach Entgeltgruppe 9c Entgeltordnung zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst im Stellenplan 2018 zu bewerten.“*

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 14: Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung im Budget des Rechtsamtes für Versicherungsbeiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung
Vorlage: BV/031/2018

„Der Kreistag genehmigt die überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung im Budget des Rechtsamtes für Versicherungsbeiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung.“

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 15: Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung für den Um- und Ausbau der Kleinsportanlage der Oberschule Templin
Vorlage: BV/043/2018

„Der Kreistag genehmigt die außerplanmäßige Auszahlung für den Um- und Ausbau der Kleinsportanlage der Oberschule Templin in Höhe von 168.900,00 €.“

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 16: Umsetzung des Kapitels 2 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 2 - KInvFG 2)
Vorlage: BV/009/2018

1. *Der Kreistag beschließt, die auf der Grundlage des Kapitels 2 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kapitel 2 – KInvFG 2) für den Landkreis Uckermark zur Verfügung stehenden Mittel gemäß der Anlage zu verwenden.*
2. *Der Landrat wird beauftragt, die haushalterische Umsetzung zu veranlassen.“*

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 17: Kindertagesstättenbedarfsplan (Fortschreibung 2017)

Vorlage: BV/024/2018/1

Herr Bretsch bedankt sich zunächst bei den Kommunen für die Bereitstellung entsprechenden Zahlenmaterials als Zuarbeit für die Erarbeitung des Kindertagesstättenbedarfsplans. Er hält den Plan für eine große Fleißarbeit und für eine gute Ausgangsbasis für das, was in den nächsten Jahren an Arbeit zu leisten ist. Herr Bretsch bittet um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Herr Dr. Schwill nimmt Bezug auf die Überbelegung in vielen Kitas und fragt danach, ob Abstriche gemacht werden, wenn zu viele Kinder in einem Raum untergebracht werden. Auch möchte er angesichts der hohen Altersstruktur der Betreuer in den Kitas und wegen des zu erwartenden Ausscheidens vieler Betreuer in den kommenden Jahren wissen, welche Möglichkeiten der Landkreis hat, gegen zu steuern. Herr Dr. Schwill fragt nach den Möglichkeiten des Landkreises, erforderliche Erweiterungsbauten von Kitas zu unterstützen und wie die Umsetzung der Inklusion in den Kitas eingeschätzt wird.

Herr Fillbrunn merkt an, dass mittel- und langfristig ein Abbau von Überbelegung in den Kitas durch Schaffung zusätzlicher Kapazitäten in Zusammenarbeit mit den Gemeinden angestrebt wird. Zur Altersstruktur der Erzieherinnen teilt er mit, dass hierzu bereits seit langem Gespräche mit den Gemeinden als Träger der Kitas und Arbeitgeber für das Personal geführt werden mit dem Ziel, den Personaleinsatz zu steuern und auch neues Personal einzustellen. Herr Fillbrunn merkt an, dass der Neubau oder die Sanierung von Kitas seitens des Landkreises über den Weg der Inanspruchnahme von Fördermitteln unterstützt wird. Zur Umsetzung der Inklusion in den Kitas schlägt Herr Fillbrunn vor, dieses Thema separat im Fachausschuss zu behandeln. Zur nachgefragten Überbelegung in Kitas weist Herr Fillbrunn darauf hin, dass Kompromisslösungen jedem Einzelfall gefunden werden müssten, die dann als Zwischenlösung dienen.

Herr Banditt nimmt zu den Möglichkeiten der Nachwuchsgewinnung bei Kita-Erzieherinnen Stellung und informiert u.a. darüber, dass durch das Oberstufenzentrum in Templin zwei Klassen eingerichtet wurden, in denen über zwei Jahre Sozialassistentinnen ausgebildet werden, die dann anschließend eine Ausbildung zur Kindergärtnerin erhalten.

„Der Kreistag beschließt den Kindertagesstättenbedarfsplan (Fortschreibung 2017).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 18: Befristetes Aussetzen der Trichinenuntersuchungsgebühr im Jagdjahr 2018/2019 und optional für das Jagdjahr 2019/2020 aufgrund der Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest

Vorlage: BV/034/2018/1

Der Landrat berichtet über seine Gespräche mit den drei Jagdverbänden des Landkreises. Er kritisiert die aktuelle Diskussion im Zusammenhang mit der Afrikanischen Schweinepest, da seiner Meinung nach die gesamte Problematik derzeit nur auf die Jägerschaft abgeladen wird. Der Landrat teilt mit, dass der Landrat bei einem Auftreten der Afrikanischen Schweinepest im Landkreis entsprechende umfangreiche Maßnahmen einzuleiten hat und dass das Jagen von Schwarzwild nicht das Einzige ist, was mit der Afrikanischen Schweinepest in Zusammenhang steht.

Herr Dr. Genschow merkt an, dass mit der Zustimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage nicht zu erwarten ist, dass sich grundsätzlich an der Seuchenlage etwas ändert. Er merkt an, dass neben dem erhöhten Abschuss von Schwarzwild weitere Maßnahmen erforderlich sind, um die Seuche zu bekämpfen. Herr Dr. Genschow ist der Meinung, dass mit der vorliegenden Beschlussvorlage die gesellschaftliche Stellung der Jägerschaft im Landkreis unterstützt und der nicht unerhebliche Aufwand der Jäger dadurch honoriert wird. Er spricht sich dafür aus, der Seuche präventiv entgegen zu wirken und Jäger und Landwirte an einen Tisch zu holen, um bestimmten Entwicklungen in der Population der Wildschweine zu begegnen.

„Der Kreistag Uckermark beschließt, für das Jagdjahr 2018/2019 (01.04.2018 bis 31.03.2019) auf die Erhebung von Trichinenuntersuchungsgebühren zu verzichten. Gleichzeitig ermächtigt der Kreistag den Landrat, bei unveränderter Sachlage den Verzicht auf die Erhebung der Gebühren auch für das Jagdjahr 2019/2020 (01.04.2019 bis 31.03.2020) anzuordnen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 19: Erstellung eines Bildungsberichtes im Zusammenhang mit der Entstehung eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements und Entwicklung einer Bildungsstrategie. Aufbauend auf die bisherigen vorbereitenden Arbeiten soll nun konkret die Erstellung des Bildungsberichtes für den Landkreis Uckermark erfolgen.

Vorlage: BV/020/2018

Herr Bretsch nimmt u.a. zum Thema „Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss“ als eine der Schwerpunktsetzungen für den zu erarbeitenden Bericht Stellung.

Er weist darauf hin, dass von den für den Landkreis genannten 120 Schülerinnen und Schülern ohne Schulabschluss 90 Schülerinnen und Schülern einen Schulabschluss haben, nämlich den Förderschulabschluss, der jedoch von der Kultusministerkonferenz nicht anerkannt ist. Herr Bretsch hält diesen Umstand für sehr bedauerlich, weil dadurch der Zugang zu bestimmten Ausbildungsberufen nicht ermöglicht wird.

Herr Bretsch informiert noch über die Auflegung des Projektes „Berufsvorbereitende Oberschulklasse“, das dazu dienen soll, den Schülern die vom Schulabbruch nach Klasse 9 bedroht sind, doch noch einen Schulabschluss zu ermöglichen.

„Der Landrat wird beauftragt, bis Ende des Jahres 2018 erstmalig einen Bildungsbericht des Landkreises zu erarbeiten, der regelmäßig (mindestens im 3-Jahres-Rhythmus) fortgeschrieben werden soll.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 20: Vergabe von Fördermitteln 2018 entsprechend der Richtlinie für die Vergabe von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis Uckermark über 2.500,00 Euro.

Vorlage: BV/021/2018

„Der Kreistag beschließt die Vergabe von Fördermitteln 2018 entsprechend der Richtlinie für die Vergabe von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur im

Landkreis Uckermark über 2.500,00 Euro gemäß Anlagen (Übersicht über nicht-investive Anträge mit einer Antragssumme über 2.500 € und Übersicht über investive Anträge).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 21: Bericht des Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark für das Jahr 2017

Vorlage: BR/023/2018

„Der Kreistag nimmt den Bericht des Integrationsbeauftragten für das Jahr 2017 zur Kenntnis.“

zu TOP 22: Tätigkeitsbericht der Gleichstellungs-, Seniorenbeauftragte und der Beauftragten für Menschen mit Behinderung

Vorlage: BR/001/2018

„Der Kreistag nimmt den Bericht der Gleichstellungs- und Seniorenbeauftragten und Beauftragten zur Integration von Menschen mit Behinderung für das Jahr 2017 zur Kenntnis.“

zu TOP 23: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im IV. Quartal 2017

Vorlage: BR/004/2018

„Die aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im IV. Quartal 2017 werden zur Kenntnis genommen.“

zu TOP 24: Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2016

Vorlage: BR/011/2018

„Der Kreistag nimmt den Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2016 zur Kenntnis.“

zu TOP 25: Jahresbericht 2017 und BuT-Berichterstattung

Vorlage: BR/017/2018

„Die Mitglieder des Kreistages nehmen den Bericht des Jobcenters Uckermark für das Jahr 2017 sowie zum Bildungs- und Teilhabepaket 2017 zur Kenntnis.“

zur Kenntnis genommen:

gez. Wolfgang Seyfried
Vorsitzender des Kreistages

gez. Dietmar Schulze
Landrat

gez. Wolfgang Gerhardt
Schriftführer